



## **RESOLUTION ZUM WEISSBUCH DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ZUR ZUKUNFT EUROPAS (DIE EU DER 27 IM JAHR 2025 – ÜBERLEGUNGEN UND SZENARIEN)**

Im Zusammenhang mit dem *Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas: Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien*, die Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Versammlungen:

1. dankt der Kommission für ihren wertvollen Beitrag zur Debatte über die Zukunft der Europäischen Union mit der Veröffentlichung des „*Weißbuchs der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas — Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien*“ und nimmt von allen seinen Überlegungen und Szenarien Kenntnis. Die CALRE stellt sich dem Ausschuss der Regionen und der Europäischen Kommission selber zur Verfügung, um ihren Beitrag zu dem mit diesem Dokument eröffneten Raum des Nachdenkens und der Debatte von der lokalen und regionalen Perspektive aus anzubieten, und verpflichtet sich, die Debatte über die verschiedenen Szenarien in den Regionalversammlungen und Parlamenten, aus denen sich die CALRE zusammensetzt, anzustoßen.

2. erinnert daran, dass die Erklärung von Rom von März 2017 die Rolle des Subsidiaritätsprinzips für den tatsächlichen Fortschritt der EU hervorhebt. Deshalb wäre es wünschenswert, die zentrale Rolle der lokalen und Gebietskörperschaften der Union im Weißbuch der Kommission und allen Dokumenten mit Überlegungen zur Zukunft der Europäischen Union zu unterstreichen.

3. In diesem Sinne begrüßt die CALRE zwar den Vorschlag des Präsidenten der Kommission Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union im September dieses Jahres, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um die umfassende Einhaltung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips zu

gewährleisten, vertritt aber die Ansicht, dass die europäischen Städte und Regionen in dieser Gruppe über den Ausschuss der Regionen und die CALRE selber vertreten sein sollten. Deshalb ersucht die CALRE ihre Teilnahme an der Arbeitsgruppe mit zwei ihrer Vertreter.

4. wird sich weiterhin dafür einsetzen, die verschiedenen Territorien im Zentrum der europäischen Politik zu positionieren und unterstützt den Gedanken eines von unten nach oben strukturierten Europas. Deshalb müssen die Gebietskörperschaften Protagonisten der europäischen Rechtsetzung und der Ausarbeitung der EU-Politiken sein, wobei die von dieser Konferenz immer schon verteidigten Prinzipien der Subsidiarität, Multi-Level-Governance und der interparlamentarischen Kooperation zu verfolgen sind. Diese singulären Elemente müssen im Weißbuch und allen Dokumenten mit Überlegungen über die Zukunft der Europäischen Union explizit anerkannt und auf alle europäischen Politiken angewendet werden, um eine demokratischere und effizientere EU zu erreichen: Städte und Regionen müssen Teilhaber an der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene sein und dürfen nicht auf einfache Empfänger von Programmen und Projekten reduziert werden. Folglich verlangen die Mitglieder der CALRE von den europäischen Institutionen die Prüfung der Einführung eines „Green-Card-Verfahrens“, um die Vorlage eines Rechtsetzungsvorschlags zu ermöglichen, wenn eine ausreichend große Anzahl der National- oder Regionalparlamente dies beantragt.

5. macht ihre Besorgnis wegen der Tatsache deutlich, dass sich unter den Szenarien kein ausdrücklicher Hinweis auf deren Folgen auf die europäischen Regionen befindet. Sie drückt insbesondere ihre Besorgnis konkret zu dem in „Szenario 4: Weniger, aber effizienter“ aufgenommenen Inhalt aus. In diesem Zusammenhang möchte die CALRE einen konstruktiven Beitrag zur Debatte leisten und keine Rückschritte bei der Kohäsionspolitik hinnehmen, die ein wesentliches Werkzeug für die Entwicklung und das Wachstum der Territorien und des sozioökonomischen Umfelds der Regionen und lokalen Behörden der Europäischen Union darstellen.

Sie bekräftigt die Notwendigkeit, eine starke und effiziente Kohäsionspolitik in allen Regionen nach dem Jahr 2020 aufrechtzuerhalten, wozu ihre umfassende Finanzierung sichergestellt sein muss. Dieses Element muss sich im Weißbuch und allen Dokumenten mit Überlegungen über die Zukunft der Europäischen Union widerspiegeln, denn wir müssen die Investitionskapazität der lokalen und Gebietskörperschaften stärken, indem das Prinzip der sanierten und ausgeglichenen öffentlichen Finanzen stark bleibt.

6. vertritt die Ansicht, die im Weißbuch dargelegten Szenarien stellen einen Weckruf dar, dass alle über die Zukunft Europas entscheiden müssen, unterstützt aber die vom Ausschuss der Regionen dargelegte Vorstellung, dass wir ein Europa in viele Richtungen vermeiden müssen. Deshalb ist die CALRE jetzt und künftig für mehr und bessere Integration. Nur vereint können wir wirksam unsere Werte und unsere Interessen verteidigen: Nur Europa kann uns

Aktionsvermögen angesichts der großen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bieten.

7. betrachtet die Förderung und Entwicklung einer stärkeren europäischen repräsentativen Demokratie als notwendig, welche die Beteiligung der Bürger am europäischen Rechtsetzungsverfahren begünstigt und es uns erlaubt, insbesondere über eine ehrgeizige Reform der europäischen Bürgerinitiative sowie der Förderung von Räumen für die Bürgerdebatte auf europäischer und besonders auf lokaler und regionaler Ebene Fortschritte in Richtung einer partizipativeren Demokratie machen, um die Bürger für das europäische Projekt und ihr Vertrauen in die EU-Institutionen zurückzugewinnen.

8. erklärt ihre Überzeugung, dass Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Verringerung der Ungleichheiten die Aktion der EU leiten müssen, denn sie stellen die beste Möglichkeit dar, die Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Europa muss dazu dienen, die Arbeitsbedingungen, öffentlichen Dienste und Solidarität zwischen Bürgern sicherzustellen und Fortschritte für ein sozialeres Europa zu erreichen. Als solche begrüßt die CALRE mit Genugtuung die Annahme der wesentlichen Prinzipien der Europäischen Säule der sozialen Rechte durch die Europäische Kommission sowie die Annahme des Legislativberichts zur Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der Europäischen Union durch den Ausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Diese zwei Ereignisse stellen wichtige erste Schritte in Richtung der echten Gleichbehandlung mit gemeinsamen Regeln für alle europäischen Arbeitnehmer dar.

9. vertritt die Ansicht, es müssen vereinte Anstrengungen unternommen werden, um wettbewerbsfähiger zu sein und eine stärkere und stabilere Wirtschafts- und Währungsunion zu erreichen. In diesem Sinne sind mehr öffentliche Investitionen notwendig, um die Schaffung von Arbeitsplätzen in Schwung zu bringen und in die regionalen Produktionssektoren mit den besten Zukunftsaussichten zu investieren. Die Regionalparlamente mit gesetzgeberischer Befugnis bitten die Europäische Union dringend, zwischen dem notwendigen Kampf gegen Haushaltsdefizite und der Finanzierung von wesentlichen Investitionen zu differenzieren. Sie möchten, dass der europäische Haushaltsraum dabei hilft, die Investitionen auf den verschiedenen Regierungsebenen wieder anzukurbeln. Aus diesem Grund begrüßt die CALRE die Bereitschaft zahlreicher Mitgliedstaaten, ein gemeinsames System für eine gerechtere Besteuerung der multinationalen digitalen Unternehmen (GAFA) und die schrittweise Konvergenz der Steuersätze zu entwickeln, wie es die Mitglieder der CALRE schon länger verlangen;

10. ist der Ansicht, dass wir effizienter zusammenarbeiten und die parlamentarische Kooperation verstärken müssen, um die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu verbessern und unsere Bürger vor Terrorismus zu schützen, unsere Grenzen zu sichern und eine entscheidende Stimme und Einfluss auf der internationalen Bühne zu erreichen. Dazu gehört auch eine europäische Verteidigungspolitik. In diesem Sinne ist

der automatische Informationsaustausch über mit terroristischen Straftaten im Zusammenhang stehende Personen zwischen den verschiedenen Sicherheitskräften der europäischen Länder von wesentlicher Bedeutung, und dass so schnell wie möglich die Figur der Europäischen Staatsanwaltschaft eingeführt wird (die seit 2009 in den Verträgen enthalten ist). Außerdem müssen wir prüfen, ob es zweckdienlich ist, das gemeinsame Vorgehen der EU zu stärken, die Kompetenzen der für Netz- und Informationssicherheit, „Cybersicherheit“, zuständigen europäischen Agentur (ENISA) zu erweitern, eine einheitliche Eingreifgruppe, eine Agentur für Cybersicherheit und einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt zu schaffen.

11. unterstreicht die Notwendigkeit, die Verpflichtung der Europäer zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) sowie gegenüber dem Planeten, der Umwelt und dem Klimawandel sowie dessen Auswirkungen auf die Naturkatastrophen und der Vorsorge der Gefahr von Naturkatastrophen, aber auch zur Technologie und Innovation zu festigen, das heißt aus unserem Kontinent ein wettbewerbsfähiges Europa zu machen, das auf intelligentem Wachstum beruht, verbunden mit einem nachhaltigen und grünen Europa. Dazu müssen wir aus den Erfahrungen lernen, die in verschiedenen europäischen Städten und Regionen Europas erfolgreich sind (Recycling, Einsatz sauberer Energien, nachhaltige Mobilität, Wohnungen, Landwirtschaft und Städteplanung), diese untersuchen und im Rahmen einer gemeinsamen Strategie für eine nachhaltige Entwicklung der europäischen Regionen auf die anderen Territorien der Union übertragen.

12. unterstützt die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außenpolitik und einer gestärkten Aktion Europas, um den Aufbau des Friedens im Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika zu unterstützen. In diesem Sinne ist es wünschenswert, den europäischen Hilfsfond für die Entwicklung dieser Länder, insbesondere der Herkunfts- und Durchgangsländer, auszubauen, Maßnahmen umzusetzen und die Lebensperspektiven zu verbessern sowie die Bemühungen um Flüchtlinge zu verstärken und die Regeln zu erfüllen, die wir uns gegeben haben. Die Länder der Union müssen den Aufnahmepflichten nachkommen, wobei auf die Notwendigkeit der Umsiedelung der Migrantinnen nach dem Prinzip bestanden wird, dass die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft Ehren aber auch finanzielle Lasten mit sich bringt.

13. vertritt die Ansicht, dass die Europäische Union, um die oben aufgeführten Probleme angehen zu können, einen modernen und funktionell an die Herausforderungen der Agenda 2030 angepassten Haushalt benötigt.

14. erklärt ihre Überzeugung, dass den europäischen regionalen Versammlungen als Akteure zur Verbreitung des Europagedankens unter den Bürgern eine grundlegende Rolle zukommt, was dabei helfen würde, ihre Beteiligung an den Wahlprozessen ihrer Vertreter zu erhöhen. Wir müssen Anstrengungen unternehmen, damit unsere Nachbarn und Nachbarinnen die europäischen Politiken und deren Auswirkungen auf ihr tägliches Leben besser kennenlernen, wenn sie sich als aktive Bürger verhalten. Deshalb müssen wir

die Zweckdienlichkeit angehen, dass die politischen Parteien für die kommenden Wahlen im Jahr 2019 Programme vorlegen, die Vorschläge und Ziele europäischer Art aufgreifen, sowie die Möglichkeit der Wahl der Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission.

15. erinnert die Mitgliedländer daran, dass die Verträge und Rechtsverordnungen der EU verbindlich sind, und dass alle Mitgliedstaaten das Recht einhalten und den von den jeweiligen Staaten zum Zeitpunkt des Beitritts zur EU übernommenen Pflichten nachzukommen haben. Deshalb lehnt sie die von einigen Ländern wie Ungarn oder Polen in Gang gesetzten Maßnahmen ab, deren Ziel es ist, die Standards der demokratischen Qualität zu mindern, und sie verlangt von der Kommission, dass sie die jeweils geeigneten Maßnahmen ergreift, um die Rechtstaatlichkeit zu gewährleisten, indem sie von ihrer Sanktionsbefugnis Gebrauch macht.

16. bestätigt die Notwendigkeit, eine gemeinsame europäische Identität in Verbindung mit der Vielfalt ihrer Territorien aufzubauen, die sich in der Mobilität ihrer Studenten ausdrückt, um das Erlernen europäischer Sprachen und die Errichtung von europäischen Universitäten zu fördern und die Instrumente zu nutzen, die uns zu Teilhabern an der gemeinsamen Geschichte innerhalb der Verschiedenartigkeit machen: Film, Theater, Literatur und Kunst allgemein. In diesem Sinn erklärt sie ihre Unterstützung, dass 2018 als Europäisches Jahr des Kulturerbes begangen werden soll, wie es vom Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union verabschiedet wurde. Die CALRE vertritt die Ansicht, dass es sich dabei um eine ausgezeichnete Gelegenheit handelt, den Austausch und die Wertschätzung des kulturellen Erbes Europas als gemeinsame Ressource zu fördern, für die gemeinsame Geschichte und Werte zu sensibilisieren und das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen europäischen Raum zu stärken. In diesem Sinne teilt die CALRE die vom Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz ausgedrückte Meinung, der die Position verteidigte, die europäische Verschiedenartigkeit und Reichtum sind ein „Trumpf für die Union und nicht ein Argument zur Abtrennung von Territorien und Rückkehr zu veralteten Nationalismen, die es nicht ermöglichen würden, die Herausforderungen“ Europas im 21. Jahrhundert anzugehen.